

183

Ombudsleute aus ganz Europa gehören dem Europäischen Ombudsman-Institut (EOI) an, das in Innsbruck seine neuen Büroräume bezog. Präsidentin des EOI ist noch bis Sommer die frühere Südtiroler Volksanwältin Burgi Volgger.

Gesundheitsseite: Die Seuche Ebola

BOZEN. Auch wenn sich die Ausbreitung von Ebola verlangsamt hat, so stellt die Epidemie in Westafrika immer noch ein großes Problem dar. Einer, der die Situation vor Ort gut kennt, ist der Anästhesist und Intensivmediziner, Dr. Meinhard Kritzing. Morgen in der Gesundheitsseite informiert er über Ebola.



539

Beschwerden gegen Mietwagenunternehmen gingen im Vorjahr beim Europäischen Verbraucherzentrum in Bozen ein. Das sind fast doppelt so viele Meldungen wie 2012.

„Wäre kein Fluch, sondern ein Segen“

BOZEN. Dass der römische Brief an den österreichischen Bundeskanzler Werner Faymann „nur eine der klassischen Renzi-Sprechblasen auf Papier war“, sei für die BürgerUnion immer schon klar gewesen, meint der Abgeordnete Andreas Pöder zur Diskussion um die diplomatische Bedeutung dieses Notenwechsels (wir berichten). Wenn das Finanzabkommen damit nicht abgesichert sei, wäre das freilich nicht ein Fluch, „sondern eher ein Segen für Südtirol“, erklärt Pöder. Denn mit der Unterschrift habe Südtirol auf 14 Rekurse im Streitwert von 2,376 Milliarden verzichtet, zudem überweise das Land bis 2022 mindestens 5,6 Milliarden Euro nach Rom.

Caritas lädt zum Urlaub am Meer



BOZEN. Bei der Caritas sind die Anmeldungen für die Kinder-, Senioren- und Familienaufenthalte in Caorle mit Jahresbeginn angelaufen. Individuelle Ermäßigungen sollen wieder Familien und Senioren in finanziell schwierigen Situationen entlasten. Die Ferieneinrichtungen – Villa Oasis, Bungalows und Feriendorf „Josef Ferrari“ – liegen direkt am Meer. Die Anmeldungen müssen schriftlich erfolgen. Die nötigen Formulare können bei der Caritas-Dienststelle Ferien und Erholung (Tel. 0471/30 43 40; Mail: ferien@caritas.bz.it) angefordert oder online auf www.caritas.bz.it ausgefüllt werden.

„Fast wie im Wilden Westen“

VERBRAUCHERZENTRUM: Reklamationen bei Mietwagen steigen – 145.000 Euro für Verbraucher eingeholt – Soziale Netzwerke wichtig

BOZEN. Immer mehr Ärger mit geliehenen Autos: Die Reklamationen über Mietwagenfirmen nehmen rapide zu. Darauf verweist das Europäische Verbraucherzentrum. Leicht lösbar sind die Probleme nicht, denn der Bereich ist nicht auf EU-Ebene geregelt.

Neue Verbraucherrichtlinie, Autoverleih und soziale Medien: Mit diesen Aufgabenbereichen befassten sich die Beraterinnen des Europäischen Verbraucherzentrums (EVZ) im abgelaufenen Jahr am meisten.

Die neue Verbraucherrichtlinie ist seit Juni 2014 in Kraft und bietet Verbrauchern mehr Schutz – vor allem jenen, die im Internet kaufen oder außerhalb der Geschäftslokale Verträge abschließen. Darüber haben die Expertinnen des EVZ in zahlreichen Aktionen, auch an den Schulen, aufgeklärt.

Beim Bereich Autoverleih nehmen die Reklamationen stetig zu. Es handelt sich hierbei um Bürger aus der ganzen EU,



Voll aufgefahren mit dem Mietwagen: Beim Europäischen Verbraucherzentrum häufen sich die Klagen vor allem über italienische Anbieter.

die verschiedenste Missstände bei italienischen Mietwagenfirmen anprangern. Erhielt das Netzwerk der Europäischen Verbraucherzentren 2012 noch 282 Meldungen, so waren es 2013

schon 409, und 2014 gab es 539 Beschwerden. Diese sind schwer zu lösen. Während die EU für andere Beförderungsmittel klare Passagierrechte vorsieht, ist der Bereich Autoverleih wenig

transparent und nicht auf EU-Ebene geregelt. „Man muss beinahe von Zuständen wie im Wilden Westen sprechen“, so die EVZ.

Was die anderen Fälle betrifft,

sind die Rechtsberaterinnen des EVZ in 339 Fällen eingeschritten, um einen Verbraucher mit Wohnsitz in einem anderen EU-Staat zu unterstützen, der Schwierigkeiten mit einem Unternehmen in Italien hatte. In 263 Fällen haben die Kollegen der EVZ in den anderen Mitgliedsstaaten umgekehrt versucht, die Reklamationen der Verbraucher in Italien zu lösen.

Bei 602 vom EVZ behandelten Fällen konnten über 145.000 Euro für Verbraucher eingeholt werden. Etwas abgenommen haben allgemeine Informationsanfragen. Angestiegen sind die Anfragen zu einem konkreten Verbraucherproblem.

Stark ausgebaut wurde die Arbeit in den sozialen Medien. Über Facebook, Twitter und die Webseite www.euroconsumatori.org werden Tipps einfach zugänglich. Besonders die Webseite zieht immer mehr Besucher an: Insgesamt wurden 142.000 Seiten aufgerufen. Im Facebook steht die EVZ davor, den „kleinen Meilenstein“ von 500 Fans zu erreichen.

Innsbruck ist Zentrum der europäischen Ombudsleute

STANDORTWECHSEL: Das Europäische Ombudsman-Institut hat neue Räume in Innsbruck bezogen und Tirol bleibt damit Anlaufstelle für Volksanwälte

INNSBRUCK (US). Das Europäische Ombudsman-Institut (EOI) wurde am Mittwoch in seinen neuen Räumlichkeiten in Innsbruck der Öffentlichkeit vorgestellt. Das EOI ist ein Verein und eine Anlaufstelle für Ombudsleute und Volksanwälte aus ganz Europa. Präsidentin ist noch bis zum heurigen Sommer die ehemalige Südtiroler Volksanwältin Burgi Volgger, Generalsekretär der Nordtiroler Josef Siegele.

Dem Landtagspräsidenten des Bundeslandes Tirol, Herwig van Staa, verdankt das EOI sein neues Büro im Haus der Anwälte des Landes – dort sind Volksanwalt, Landesumweltanwalt, etc. untergebracht. Herwig van Staa betonte dabei die Wichtigkeit von Ombudsleuten: „Sie sind eine dringende Ergänzung der demokratischen Einrichtungen und dazu da, Bürgeranliegen zu befördern. Ich sehe dabei in den

letzten Jahren verstärkte Bemühungen.“ Die Übersiedelung des Institutes in etwas repräsentativere Räumlichkeiten sei notwendig geworden, um es in Tirol halten zu können.

Das Institut für Ombudsleute wurde 1988 gegründet. Derzeit umfasst es 183 Mitglieder, vornehmlich lokale, regionale und nationale Ombudsleute aus ganz Europa. Außerdem gibt es assoziierte Mitglieder, wie etwa



Landtagspräsident Herwig van Staa und EOI-Generalsekretär Josef Siegele (rechts). Uwe Schwinghammer

Israel, Ägypten oder Japan. Alle finden in Innsbruck eine Anlaufstelle.

Eines ist Siegele besonders wichtig: „Wir machen keine Politik, wir sind ein Beratungsorgan.“ Man betreibe eine Wis-

sensvermittlung und einen Erfahrungsaustausch. Besonders viel arbeite man auf dem Gebiet der Menschenrechte. Siegele: „Da verfassen wir durchwegs kritische, nicht geschönte Berichte.“

Andere Länder, andere Taten

DISKUSSION: Verschiedene Länder berücksichtigen „kulturell motivierte Straftaten“ auf verschiedene Art

INNSBRUCK (US). An der Universität Innsbruck fand am Mittwochabend eine bereits länger geplante Diskussion statt, die angesichts der Terrorakte von Paris aber brandheiß war: Wie sehr soll und muss man nämlich den kulturellen Hintergrund einer Straftat berücksichtigen?

Als Spezialist auf diesem Gebiet hielt eingangs Fabio Basile, Rechtsprofessor aus Mailand, einen kurzen Vortrag. Basile stellte fest, dass Europa nicht umhin kommen werde, sich mit diesem Problem zu beschäftigen. Denn einerseits sei es durch Immigration multikulturell geworden: „Immigration ist von dramatischer Aktualität in Italien, Österreich, ja, ganz Europa. Da kommen Leute mit einem kulturellen Gepäck, das man nicht an der Grenze beschlagnahmen kann.“ Und andererseits sei Strafrecht immer ein regional geprägtes Recht. Es trage also seinerseits die Kultur des jeweiligen Landes in sich. Als Beispiel erwähnte Basile die Altersgrenze für legalen Geschlechtsverkehr zwischen Erwachsenen und Jugendlichen, der in Österreich, Italien und der

Schweiz unterschiedlich sei.

Dieses Zusammenwirken von Immigration und regional geprägtem Recht führe unweigerlich zu Konflikten. Und zu der Frage, wie weit das Recht des Gastlandes auf die Kultur des immigrierten Straftäters eingehen solle, sagt Basile: „Seit etwa einem Jahrzehnt wird das thematisiert. Wir haben aber bisher keine Antwort darauf gefunden.“

Was auch völlig nachvollziehbar sei, angesichts der ungeheuer vielen verschiedenen Kulturen, die in Europa zusammen kämen.

Basile selbst ist der Auffassung, dass man allerdings die Möglichkeit habe, schon ein wenig auf die „Täterkultur“ einzugehen. Speziell bei mildernden oder erschwerenden Umständen einer Strafe gebe es einen

Spielraum, den man ausschöpfen könne. Man müsse dabei ja nicht so weit gehen, wie in den USA, wo es die so genannte „Cultural Defence“, die kulturelle Verteidigung, gibt. Dort könne es auch zu einem Freispruch aus kulturellen Gründen kommen.

In der nachfolgenden Diskussion waren sich österreichische Rechtsexperten einig, dass die Berücksichtigung der Kultur enge Grenzen habe. Innsbrucks Oberstaatsanwältin Brigitte Loderbauer nannte das Beispiel einer Vergewaltigung, die in manchen Kulturen vielleicht nicht als solche gesehen wird: „Das Sexualstrafrecht hat für alle zu gelten. Da sehe ich keine Möglichkeit. Außerdem muss immer der Opferschutz im Vordergrund stehen.“ Ein Eingehen auf die Kultur des Täters sei für sie höchstens bei kleineren Delikten möglich, sicher aber nicht bei Kapitalverbrechen. Ein Mord sei nun einmal ein Mord, egal, ob er begangen wurde, um die gekränkte Ehre einer Person wieder herzustellen. Schon allein, weil dieser in der Regel vorsätzlich geplant werde.



Fabio Basile, Rechtsprofessor an der Universität Mailand, beschäftigt sich mit „kulturell motivierten Verbrechen“. Uwe Schwinghammer

Nutzen Sie die Vorteile!

VORTEIL FÜR ABONNENTEN 3,00 € RABATT



REDUZIERTE KINDER PREISE

Musical non stop

Forum Brixen, 19.02.2015, 18 Uhr
Waltherhaus Bozen, 20.02.2015, 18 Uhr
Waltherhaus Bozen, 21.02.2015, 20 Uhr
Raiffeisenhaus Lana, 22.02.2015, 18 Uhr

Vorteil für „Dolomiten“-Abonnenten nur bei Athesia Ticket oder www.athesiaticket.it, Infos: 0473 270256

Die „Dolomiten“ bringen mehr



Aktionspartner Südtirol Radio Network